

Ombudsstelle der privaten Radio- und Fernsehveranstalter
der deutschen und rätoromanischen Schweiz

Jahresbericht 2019
zu Händen der
**Unabhängigen Beschwerdeinstanz
für Radio und Fernsehen (UBI)**

1. Einleitung

Der Zuständigkeitsbereich der Ombudsstelle der privaten Radio- und Fernsehveranstalter der deutschen und rätoromanischen Schweiz erstreckt sich auf alle privaten, lokalen und sprachregionalen Radio- und Fernsehveranstalter der deutschen und rätoromanischen Schweiz. Gemäss Art. 91 Abs. 3 lit. a und b des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG-SR 784.10) behandelt die Ombudsstelle Beanstandungen gegen ausgestrahlte redaktionelle Sendungen wegen Verletzung der Artikel 4 und 5 des Gesetzes oder des für die schweizerischen Programmveranstalter verbindlichen internationalen Rechts (etwa das Europäische Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen) sowie Beschwerden gegen die Verweigerung des Zugangs zum Programm schweizerischer Veranstalter. Gemäss Art. 91 Abs. 4 RTVG steht die Ombudsstelle unter der Aufsicht der Beschwerdeinstanz, mithin der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI). Gemäss Art. 19 des Geschäftsreglements UBI vom 16. März 2007 hat die Ombudsstelle der UBI jährlich einen Tätigkeitsbericht zu erstatten.

Mit dem vorliegenden Bericht kommt die Ombudsstelle dieser Obliegenheit nach. Der Bericht vermittelt einen Überblick über die im Berichtsjahr eingegangenen Beanstandungen, insbesondere über die betroffenen Veranstalter und Sendungen, die konkreten Rügen, die Art der Erledigung, der Zeitaufwand und die Dauer der Verfahren. Ausserdem wird auch auf andere, ausserhalb des eigentlichen Zuständigkeitsbereichs vorgenommene Tätigkeiten der Ombudsstelle hingewiesen. Schliesslich wird die Öffentlichkeitsarbeit der Ombudsstelle erörtert.

Als Ombudspersonen tätig waren im Berichtsjahr Dr. Oliver Sidler und Dr. Toni Hess als sein Stellvertreter.

2. Statistische Angaben

2.1 Anzahl der Beanstandungen und Anfragen

Im Berichtsjahr gingen insgesamt 35 schriftliche Beanstandungen und Anfragen ein.

Die Ombudsstelle hatte auf 21 „allgemeine Anfragen“ einzugehen, die programmrechtlich nicht relevante Sachverhalte betrafen. Dabei ging es um unkorrekte Zeitangaben beim Countdown bei Werbeeinblendungen vor dem Programm, Kosten der Ausstattung des Restaurants bei »Buman der Restauranttester«, falsche Damen beim Bauern in der Sendung »Bauer ledig sucht« oder etwa Anfragen nach bestimmten Musikstücken im Radioprogramm. Soweit erforderlich wurden sie an die hierfür zuständigen und kompetenten Ansprechpartner weitergeleitet.

Von den verbleibenden 14 Beanstandungen wurde auf eine Beanstandung infolge Nichtvorliegen der formellen Voraussetzungen (Postadresse des Beanstanders wurde auf Aufforderung hin nicht eingereicht) nicht eingetreten und eine Beanstandung wurde vom Beanstander zurückgezogen. Die restlichen 12 Beanstandungen konnten alle im Berichtsjahr erledigt werden.

12 Beanstandungen wurden mit einem Schlussbericht abgeschlossen. Die entsprechenden Schlussberichte der Ombudsstelle sind (anonymisiert) auf unserer Webseite (<https://ombudsman-rtv-priv.ch>) publiziert.

2.2 Motive der im Berichtsjahr materiell behandelten Beanstandungen

Bei den 12 materiell behandelten Beschwerden stand das Sachgerechtigkeits- und Transparenzgebot (10) und der Jugendschutz (1) im Vordergrund. In einer Beanstandung ging es um eine Zugangsbeschwerde zum Programm.

2.3 Art der Erledigung

Die 12 materiell zu behandelten Beanstandungen waren zumindest vier ganz oder teilweise berechtigt.

2.4 Einteilung der materiell behandelten Beanstandungen nach Radio- und Fernsehveranstalter

Radioveranstalter

Radio RaBe	1
Radio Energy	1

Fernsehveranstalter

3+	2
Ringier/Axel Springer – PresseTV	2
Tele Bärn	3
Tele M1	1
Tele Z	1
TeleZüri	2

2.5 Vorlage von Beanstandungen an die Unabhängige Beschwerdeinstanz UBI

Eine Beanstandung wurde von den Beanstandern der Unabhängigen Beschwerdeinstanz vorgelegt. Dabei handelte es sich um ein Zugangsgesuch zum Programm. Insgesamt erfüllte die Ombudsstelle einmal mehr die vom Gesetzgeber angestrebte Filterfunktion.

2.6 Behandlungsdauer

Die gesetzlich vorgesehene Behandlungsfrist von 40 Tagen wurde im Berichtsjahr stets eingehalten.

Durchschnittszahlen sind nur repräsentativ, wenn die mit Schlussbericht abgeschlossenen Fälle separat erfasst werden. Hier beträgt die durchschnittliche Behandlungsdauer 19,42 Tage. Im Vorjahr betrug die durchschnittliche Behandlungsdauer 20,36 Tage. Bei den ohne Schlussbericht beurteilten Fällen (Nichteintreten, Rückzüge) beträgt die durchschnittliche Behandlungsdauer rund einen bis zwei Tage.

2.7 Berechneter Zeitaufwand

Die Ombudsstelle hat gemäss Art. 95 Abs. 5 RTVG und Art. 77 RTVV dem Programmveranstalter Rechnung zu stellen. Der Stundenansatz beträgt CHF 230.--.

Im Berichtsjahr konnte bei den mit einem Schlussbericht abgeschlossenen Fällen ein Zeitaufwand von rund 33,5 Stunden (letztes Jahr waren es 45 Stunden) in Rechnung gestellt werden. Dies ergibt einen durchschnittlichen Zeitaufwand von rund 2,8 Stunden.

Der Zeitaufwand der Ombudsstelle für die gegenüber den Veranstaltern nicht abrechenbaren Leistungen betrug im Berichtsjahr 2017 8,9 Stunden (letztes Jahr 10,226 Stunden). Dieser Aufwand wird durch die UBI respektive durch das UVEK abgegolten.

2.8 Verfahren

Die Ombudsstelle wurde vorwiegend per E-Mail kontaktiert. Soweit es sich um Beanstandungen handelte, die materiell zu beurteilen waren, erhielten die Beanstander umgehend ein Schreiben zugestellt, worin der Eingang bestätigt wurde. Die Beanstandung wurde anschliessend dem Programmveranstalter zugestellt mit der Aufforderung Stellung zu nehmen und der Ombudsstelle eine DVD oder einen Downloadlink des gerügten Beitrags zuzustellen. Nach Eingang der Stellungnahme wurde die Sendung begutachtet, nötigenfalls ergänzende Stellungnahmen eingeholt, und alsdann der Schlussbericht erstellt.

Die Veranstalter hielten die ihnen gesetzten Fristen in der Regel ein und kooperierten gut. Ihre Stellungnahmen waren umfassend. Auf die erhobenen Rügen wurde eingegangen.

Von den Beanstandern erhielten wir keine negativen Rückmeldungen.

Die materiell behandelten Beanstandungen wurden meist schriftlich erledigt und allfällige Empfehlungen auf diesem Wege abgegeben. Eine direkte Begegnung zwischen den Beteiligten im Sinne von Art. 93 Abs. 1 lit. b. RTVG fand nicht statt. Fälle, die eindeutig nicht in den Zuständigkeitsbereich der Ombudsstelle fielen, wurden dem jeweiligen Programmveranstalter übermittelt mit dem Ersuchen, sich dieser Sache anzunehmen.

3. Öffentlichkeitsarbeit und Kontakte

Die Webseite der Ombudsstelle enthält unter ‚<https://ombudsman-rtv-priv.ch>‘ sämtliche Schlussberichte der Ombudsstellen der privaten Radio- und Fernsehveranstalter der deutschen, rätoromanischen, französischen und italienischen Schweiz, die im 2019 veröffentlicht wurden.

Kontakte erfolgten mit der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI). Auch dieses Jahr fand ein Zusammentreffen der Mitglieder der Ombudsstellen mit den Vertreterinnen und Vertreter der UBI statt.

**Ombudsstelle der privaten Radio- und Fernsehveranstalter
der deutschen und rätoromanischen Schweiz**

Zug, im Januar 2020 – Dr. Oliver Sidler, Ombudsmann